

08/05

Köln, 14. März 2004

## **Einhäupl mahnt Politik zur Zusammenarbeit**

Mit völligem Unverständnis reagierte heute Professor Einhäupl, Vorsitzender des Wissenschaftsrats, auf die in jüngster Zeit veröffentlichten Äußerungen, die Exzellenzinitiative könne vor politischer Einflussnahme nur gerettet werden, wenn der Wissenschaftsrat nicht am Verfahren beteiligt sei. „Derartige Behauptungen sind falsch. Sie belasten das Klima und erschweren die ohnehin schwierigen Entscheidungsprozesse noch zusätzlich.“

Es sei das Prinzip aller Entscheidungen des Wissenschaftsrats, wie übrigens auch der Deutschen Forschungsgemeinschaft, dass die Wissenschaftler nicht von der Politik überstimmt werden können. „Dies ist am 15. November einstimmig vom Bund und allen sechzehn Ländern auch für die Exzellenzinitiative vereinbart worden. Nur wegen dieses Verfahrens finden die Empfehlungen des Wissenschaftsrats und die Förderentscheidungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft soviel Akzeptanz und Umsetzungsbereitschaft bei den verantwortlichen Akteuren“, so Einhäupl.

„Umso irritierender ist es, dass derartige irreführende Behauptungen von politischer Seite an die Öffentlichkeit gegeben werden. Sie erschweren die Arbeit des Wissenschaftsrats, in dem Bund, Länder und Wissenschaft konstruktiv zusammenarbeiten. Sie schaden der Sache, um die alle gemeinsam bemüht sind: die deutsche Wissenschaft im internationalen Wettbewerb nach vorne zu bringen.“

Der Wissenschaftsrat berät die Bundesregierung und die Regierungen der Länder in Fragen der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung sowie des Hochschulbaus.

Ansprechpartnerin: Dr. Christiane Kling-Mathey  
Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Brohler Straße 11, 50968 Köln  
Telefon: 0221/3776 - 243, Telefax: 0221/38 84 40, E-Mail: [kling-mathey@wissenschaftsrat.de](mailto:kling-mathey@wissenschaftsrat.de)

Pressemitteilungen und Informationen: <http://www.wissenschaftsrat.de>